

Terminvorschau

Vom 2. bis 6. November 1976

Dienstag, 2. 11.

Fraktionsitzungen der CDU und der F.D.P.

Arbeitskreise der Fraktionen
Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
 Haushaltsgesetz 1977

Rechnungsprüfungsausschuß
 Recht des Landesrechnungshofs zur Prüfung der WestLB
 Landeshaushaltsrechnung 1974

Mittwoch, 3. 11.

Petitionsausschuß
 Petitionen

Ausschuß für Schule und Kultur
 Rahmenrichtlinien für die Aufstellung kommunaler Weiterentwicklungsentwicklungspläne
 Jugendarbeitslosigkeit
 Haushaltsgesetz 1977

Wirtschaftsausschuß
 Neugliederung der Industrie- und Handelskammern
 Neuordnung der Bezirke der Handwerkskammern

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 Haushaltsgesetz 1977

Ausschuß für Kommunalpolitik, Wohnungs- und Städtebau
 – öffentliche Anhörung –
 Beginn: 14.00 Uhr –
 Finanzausgleichsgesetz 1977
 Im Anschluß an die öffentliche Anhörung / nichtöffentlich:
 Finanzausgleichsgesetz 1977
 Stellenobergrenzenverordnung
 Gemeindekassenverordnung

Donnerstag, 4. 11.

Arbeitsgruppe „Personalbedarf und Stellenpläne“
 Anhörung der Berufsverbände zum Personalhaushalt 1977

Ausschuß für Innere Verwaltung
 Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
 Stellenobergrenzenverordnung
 Landespersonalvertretungsgesetz
 Katastrophenschutzgesetz
 Haushaltsgesetz 1977

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
 Korrektur der Hochschulpolitik
 Erhöhung der Ausbildungskapazität im Hochschulbereich

Haushalts- und Finanzausschuß
 Haushaltsgesetz 1977

Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform
 Informationsreise einer Kommission nach Südfrankreich (vom 1. bis 6. November 1976)

Porträt der Woche



Reinhard Wilmbusse (SPD)

Seinem 17jährigen Sohn riet der SPD-Landtagsabgeordnete Reinhard Wilmbusse: „Geh nicht jetzt in die Partei. Dann bist du zu früh gebunden.“ Beim ersten Hinhören sicher ein ungewöhnlicher Ratschlag eines Politikers und überzeugten Sozialdemokraten. Näher betrachtet, ist dies jedoch keine väterliche Empfehlung gegen die Politik und die SPD, sondern eher für sie. Denn das politische Credo des waschechten „Herdbuch-Lippers“ kann seine Ursprünge aus der Bergpredigt, dem elterlichen Arbeiterhaushalt und der teilweise traditionell „links“ geprägten Landschaft des Lippe-Landes nicht verleugnen.

Wenn Reinhard Wilmbusse bedächtig, Wort für Wort abwägend und sich selbst immer wieder kritisch korrigierend seinen Werdegang schildert, dann weiß man: „Das ist kein Mann übereilter Entschlüsse, emotionsgeladener Glaubensbekenntnisse, sondern er findet sich erst in reiflich überlegten Überzeugungen wieder, die er als Bürgermeister in Lemgo vor Ort und als Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag durchsetzen will.“ Spät – erst 1965 – trat er in die SPD ein, um zu helfen, daß „das durch die Unions-Regierungen verkrustete Gesellschaftssystem im positiven Sinn aufgelöst wird“. Diesem, aus seiner evangelisch-christlichen Haltung geborenen Schritt folgte eine Blitzkarriere in der Partei.

Nach der Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen und in der Kommunalpolitik gelangte Wilmbusse bereits 1971 auf dem Stuhl des Lemgoer Bürgermeisters. Skeptisch kam er als Neuling zu Beginn dieser Legislaturperiode in die Landeshauptstadt, um hier auf der höchsten landespolitischen Ebene zwei Schwerpunkte vor Ort gewonnener Einsichten zu verwirklichen: Die Reform der Gemeindeverfassung, bei der auch lieb gewordene Ämter in Frage gestellt und die Kommunalparlamente gegenüber den Verwaltungen vor allem durch verbesserte Kontrollen verstärkt werden sollten. Nicht von ungefähr kommt der auch privat-berufliche bedingte Wunsch, die Rechtsberatung vor allem für Minderbemittelte, die immer noch häufig durch den „Rost der Gesellschaft“ fallen, zu verbessern. In der SPD-Landtagsfraktion leitet Wilmbusse, von Beruf Rechtspfleger, den justizpolitischen Arbeitskreis.

Der manchmal auch im Haus am Düsseldorfer Schwanenspiegel zu spürenden Arroganz von Großstädtern („wer kennt schon Lemgo?“) setzt Wilmbusse nicht nur die auch durch seinen persönlichen Einsatz zustande gekommenen SPD-Erfolge in seinem ländlich geprägten Wahlbezirk entgegen, sondern vor allem eine einfache politische Formel. Dort an der niedersächsischen Grenze, wo sich scheinbar „die Füchse gute Nacht sagen“, geht er für seine Sache mit dem Gespür für das Machbare und Notwendige unter die Leute und schafft für Abhilfe. Genannt seien hier die Probleme der industriellen, kulturellen und sozialen Unterversorgung im Lipperland, das sich durch eine überproportionale Arbeitslosigkeit „auszeichnet“.

Daß Reinhard Wilmbusse dadurch früh- und rechtzeitig wichtige politische Vorentscheidungen treffen kann, zeigt ein Beispiel. Als in der 40 000 Einwohner zählenden Stadt Lemgo vor einiger Zeit 1000 Arbeitsplätze durch Betriebsschließungen verloren gingen, hatte der Stadtrat bereits vorgesorgt. Ein neues Industriezentrum der Stadt gab 1000 Arbeitskräften eine neue Beschäftigung. Apropos: Wilmbusses Sohn trat, wie die gesamte Familie, entgegen dem väterlichen Rat in die SPD ein.

Martin O. Schmuck